

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

12. Mai 2014

Afghanistan

Sicherheitslage

Am 06.05.14 starb eine neunköpfige Familie, als ihr Fahrzeug auf eine am Straßenrand versteckte Bombe fuhr. Der Vorfall ereignete sich im Distrikt Shindand der westafghanischen Provinz Herat.

Die radikalislamischen Taliban kündigten ihre letzte „Frühjahrsoffensive“ vor dem Abzug der ausländischen Truppen im Dezember an. Ziel seien neben US-Militärbasen, Militärkonvois, ausländischen Botschaften und Vertretern der afghanischen Regierung auch Übersetzer, Politiker und Richter, erklärten die Taliban am 08.05.14 auf ihrer Website. Gleichzeitig drohten sie mit einer Fortsetzung ihrer Anschläge, sollten auch nach dem Abzug der NATO-Truppen weitere US-Einheiten im Land stationiert sein. Gefordert wird „der bedingungslose Rückzug aller Invasions-Streitkräfte“.

Nach Angaben des Innenministeriums in Kabul vom 10.05.14 sollen afghanische Sicherheitskräfte bei einem Militäreinsatz im Bezirk Gelan (Provinz Ghasni) mindestens 63 Aufständische getötet und mehr als 40 Menschen verletzt haben.

Am 11.05.14 tötete ein Selbstmordattentäter im Distrikt Daman (Provinz Kandahar) in der Nähe eines Krankenhauses fünf Zivilisten, zahlreiche Menschen wurden verletzt.

Pakistan

Sicherheitslage

Am 05.05.14 kamen bei einem Angriff auf einen NATO-Konvoi etwa 40 km von Peshawar entfernt mindestens zwei Menschen ums Leben, mehrere wurden verletzt.

Bei einem Bombenanschlag auf einen Militärkonvoi am 08.05.14 wurden acht Soldaten getötet und mehrere z.T. schwer verletzt. Das Attentat ereignete sich in Ghulamkhan in Nord-Waziristan.

Ein Selbstmordattentäter tötete bei einem Anschlag auf eine Moschee in einem Fußballstadion in der Stadt Peshawar am 11.05.14 vier Menschen, 15 wurden verletzt.

Lage afghanischer Flüchtlinge

In der Provinz Khyber Pakhtunkhwa wurden Einschränkungen der Bewegungsfreiheit für diejenigen afghanischen Flüchtlinge erlassen, die über keine legalen Aufenthaltspapiere verfügen, sie können z.B. nicht auf Marktplätze gehen. Den Flüchtlingen wird der Anstieg der Kriminalität in der Provinz vorgeworfen.

Derzeit leben etwa 1,6 Millionen registrierte afghanische Flüchtlinge in Pakistan, die pakistanische Polizei geht von etwa der gleichen Anzahl illegaler Flüchtlinge aus.

Irak

Sicherheitslage

Nach wie vor kommt es in Irak täglich zu Anschlägen. Nach der Zählung von Iraq Body Count wurden im Mai (Stand: 10.05.14) bisher 281 Zivilpersonen getötet. Nach der Zählung der Nachrichtenagentur AFP wurden im Mai (Stand: 10.05.14) bisher 232 Menschen getötet, davon sieben Polizisten, 41 Soldaten, zwei Mitglieder der Sahwa und 72 Extremisten.

Soldaten und Angehörige einer Bürgerwehr getötet

Laut Pressemeldung vom 11.05.14 wurden in Mosul 20 Soldaten verschleppt und getötet. Einer anderen Pressemeldung zufolge sind die Leichen von 15 der 20 Entführten gefunden worden. Die Umgebung von Mosul gehört zu den Hochburgen der Terrorgruppe Islamischer Staat im Irak und in Syrien (ISIS).

In Al-Yussifiya südlich von Bagdad wurden drei Angehörige einer lokalen Bürgerwehr von Extremisten getötet.

Wahlbetrugsvorwürfe

Die Beschwerden über Fehler bei der Auszählung der Stimmen häufen sich laut dpa-Meldung vom 05.05.14. Es seien u.a. Beschwerden verschiedener Parteien aus der Provinz Wasit und aus der Stadt Kirkuk eingegangen.

WHO warnt vor Polio-Ausbreitung

Die Weltgesundheitsorganisation hat vor einer Ausbreitung der Kinderlähmung gewarnt. Das Poliovirus sei in diesem Jahr bereits in drei Ländern eingeschleppt worden. Infizierte hätten es von Pakistan nach Afghanistan, von Syrien in den Irak und von Kamerun nach Äquatorialguinea gebracht.

Syrien

Explosionen in der Stadt Aleppo und der Provinz Idleb

Am 05.05.14 deponierten islamistische Kämpfer in der nordwestlichen Provinz Idleb (Idlib) Sprengsätze in einem unterirdischen Tunnel, den Regierungssoldaten genutzt hatten. Bei dieser Explosion waren 30 bis 40 Soldaten getötet worden.

Islamistische Rebellen zündeten am 08.05.14 in der Stadt Aleppo einen Sprengsatz unter dem Hotel Carlton, das von Regierungstruppen genutzt wurde. Bei der Explosion sollen Dutzende Soldaten und Kämpfer regimetreuer Milizen ums Leben gekommen sein.

Menschen verlassen Altstadt von Homs

Vom 07.05.14 bis zum 09.05.14 verließen gemäß einer Vereinbarung zwischen den Rebellen und dem syrischen Regime insgesamt ca. 2.000 Menschen, darunter 1.800 Kämpfer, die ehemals belagerte Altstadt von Homs. Im Gegenzug für freies Geleit wurden am 08.05.14 Geiseln freigelassen, die islamistische Aufständische in Aleppo gefangengehalten hatten, darunter 40 Frauen und Kinder der alawitischen Minderheit, eine Iranerin sowie 30 syrische Soldaten. Tausende Bewohner von Homs kehrten in ihre alten Wohnungen zurück.

Libanon

Dritter Anlauf zur Präsidentenwahl gescheitert

Auch der dritte Anlauf zur Wahl eines neuen libanesischen Staatspräsidenten scheiterte, da Dutzende Abgeordnete nicht erschienen waren und es somit (mit 73 von 128 Parlamentsabgeordneten) an einer beschlussfähigen Mehrheit im Parlament fehlte. Vor allem die Abgeordneten, die dem von der Hizbollah angeführten Bündnis angehören, waren abwesend. Der Parlamentspräsident vertagte die Sitzung auf den 15.05.14. Den Politikern ist es bisher nicht gelungen, sich auf einen Kompromisskandidaten zu einigen. Die Amtszeit des momentanen Staatsoberhauptes Michel Suleiman endet am 25.05.14.

Jemen

Gewalt

Die jemenitische Armee führt im Süden eine neue Offensive gegen das Terrornetzwerk al-Qaida durch. Angehörige der al-Qaida töteten bei einer Schießerei am 09.05.14 in der Nähe des Präsidentenpalastes in der Hauptstadt Sanaa mindestens fünf Soldaten.

Der jemenitische Verteidigungsminister Nasir Ahmad überstand einen Mordanschlag unverletzt. Er war mit mehreren hochrangigen Sicherheitsbeamten in der Provinz Shabwa unterwegs, als Bewaffnete seinen Fahrzeugkonvoi angriffen.

Türkei

Prozessbeginn gegen Regierungskritiker

Am 06.05.14 begann in Istanbul der Prozess gegen 255 Angeklagte wegen der Beteiligung an Protesten gegen die Regierung im Juni 2013. Die Proteste gegen ein Bauprojekt im Istanbuler Gezi-Park hatten vergangenes Jahr landesweite Unruhen ausgelöst, in deren Verlauf sechs Menschen starben. Die Staatsanwaltschaft forderte Haftstrafen von bis zu zwölf Jahren, die Verteidigung kritisierte, dass die Vorwürfe vage und konstruiert seien.

Iran

Frau wird Intendantin des größten Theaterkomplexes in Teheran

Zum ersten Mal in ihrer 35-jährigen Geschichte wurde in der Islamischen Republik Iran eine Frau, die 43-jährige Theaterregisseurin Parisa Moghtadi, zur Intendantin des Stadttheaters in Teheran berufen, meldete die Mehr News Agency am 05.05.14.

Tausende Demonstranten fordern strenge Einhaltung der Bekleidungs Vorschriften

In Teheran protestierten, nach Angaben der staatlichen Nachrichtenagentur IRNA am 07.05.14 ca. 4.000 Frauen und Männer dagegen, dass die strengen Bekleidungs Vorschriften für Frauen immer mehr aufgeweicht werden. Nach islamischem Recht, das seit der Revolution von 1979 gilt, müssen Frauen weite Gewänder und einen Schleier tragen, der Kopf und Haare verdeckt. In der iranischen Polizei gibt es Sittenwächter, die die Beachtung der Kleidungs Vorschriften überwachen. 2013 hatte der als moderat geltende Präsident Hassan Rohani die Sittenpolizei zu mehr Zurückhaltung und Toleranz aufgerufen.

Ägypten

Ankündigung der Vertreibung aller Muslimbrüder

Ägyptens ehemaliger Armeechef und Präsidentschaftskandidat Abdel Fattah al-Sissi kündigte in einer Fernsehansprache vom 05.05.14 an, dass es im Falle seiner Wahl zum Präsidenten keine Muslimbruderschaft mehr geben werde. Die Generalstaatsanwaltschaft klagte einer Verlautbarung vom 09.05.14 zufolge weitere 200 mutmaßliche Mitglieder der Islamistengruppe Ansar Beit al-Makdis wegen tödlicher Anschläge auf Sicherheitskräfte an und wirft ihnen Terrorismus vor. Von den 200 Angeklagten befände sich rund die Hälfte in Haft.

Libyen

Bootsunglück mit zahlreichen Toten

Mindestens 36 Migranten sind auf ihrem Weg von Afrika nach Europa am 11.05.14 ums Leben gekommen. Bei dem Versuch, mit einem Boot nach Europa zu gelangen, kenterte ihr Boot östlich der libyschen Hauptstadt Tripolis. Nach Pressemeldungen würden noch mindestens 42 Flüchtlinge vermisst, 52 seien gerettet worden. Es ist nach einem Unglück vor Griechenland mit mindestens 22 Opfern schon der zweite Unglücksfall binnen weniger Tage.

Algerien

Anti-Terror-Operation

In einer Anti-Terror-Operation im Gebiet um Taoundert an der Grenze zu Mali (Provinz Tamanrasset) töteten algerische Sicherheitskräfte am 05.05.14 neun bewaffnete Islamisten. Dabei wurden automatische Waffen, Raketenwerfer, technisches Zubehör und große Munitionsbestände sichergestellt.

Nigeria

Shekau bekennt sich zur Entführung der Schülerinnen aus Chibok

In einem am 05.05.14 veröffentlichten Video bekannte sich Abubakar Shekau, der Anführer der islamistischen Terrorgruppe Boko Haram, zu der Entführung von über 270 (nach anderen Angaben über 220) vermissten Schülerinnen im Alter von 16 bis 18 Jahren aus einer Schule in Chibok (nordöstlicher Bundesstaat Borno) in der Nacht vom 14./15.04.14. Er kündigte an, die Mädchen als Sklavinnen verkaufen zu wollen. Auch werde er Mädchen ab dem Alter von neun Jahren verheiraten. Ferner drohte er, weitere Menschen in seine Gewalt zu bringen, um diese zu versklaven, sowie die Ölraffinerien im Süden Nigerias zu zerstören. Seine Gruppe führe einen Krieg gegen Christen und die Demokratie. Sie seien von Allah beauftragt worden, den Boden Nigerias mit dem Blut von Christen und sogenannten Moslems, die gegen den Islam seien, zu tränken. Unter der Bezeichnung „Christen“ verstehe er alle Ungläubigen.

Bemühungen zur Befreiung der entführten Chibok-Schülerinnen

Seit dem 30.04.14 kommt es in der Hauptstadt Abuja, aber auch in anderen großen Städten, fast täglich zu Protestdemonstrationen gegen die Regierung bzw. das Militär. Ihnen wird Untätigkeit hinsichtlich der Befreiung der entführten Schülerinnen vorgeworfen. Am 06.05.14 nahm Staatspräsident Jonathan offiziell das Hilfsangebot von US-Präsident Obama an, Nigeria alle nötige Unterstützung zu geben, um die entführten Mädchen zu retten und den Terror der Boko Haram zu beenden. Am 07.05.14 setzte die nigerianische Polizei eine Belohnung von 50 Mio. Naira (rund 215.000 Euro) für Hinweise aus, die zur Befreiung der Mädchen führen. Am 08.05.14 gab US-Außenminister Kerry bekannt, dass ein US-Team, u.a. Spezialisten der Bundespolizei FBI und des Militärs, dabei ist, seine Arbeit in Nigeria aufzunehmen. Auch Frankreich, Großbritannien, China und weitere Länder haben Nigeria Hilfe zugesichert.

Weitere Mädchen in Borno entführt

Bei einem der Boko Haram zugeschriebenen Angriff am Abend des 04. bzw. 05.05.14 auf das Dorf Warabe (Gwozo LGA, Bundesstaat Borno) wurden elf Mädchen im Alter zwischen zwölf und 15 Jahren entführt.

Vielzahl von Toten bei Boko-Haram-Angriff in Borno

In der Nacht des 05.05.14 attackierten mutmaßlich Kämpfer der islamistischen Terrorgruppe Boko Haram im nordöstlichen Bundesstaat Borno die Stadt Gamboru Ngala (Verwaltungssitz der Ngala Local Government Area) an der Grenze zu Kamerun. Dabei wurden laut Polizeiangaben mindestens zwischen 100 und 150 Menschen (nach Angaben von Einwohnern über 300) getötet. Darunter sollen 16 Polizisten sein.

Angriff auf Dorf, strategisch wichtige Brücke zerstört

Mutmaßliche Mitglieder der Boko Haram sprengten am 10.05.14 eine strategisch wichtige Brücke, welche die Bundesstaaten Borno und Adamawa verband. Zuvor hatten sie das nahe Dorf Limankara (Borno) verwüstet. Familienmitglieder eines Polizisten sollen entführt worden, 3.000 Menschen geflohen sein. Ob es Todesopfer gab, ist noch nicht bekannt. Möglicherweise sollte die Zerstörung der Brücke die Suche nach den aus Chibok entführten Mädchen erschweren, die manche im Sambisa-Wald vermuten. Unbestätigten Berichten zufolge sollen etwa 50 der Entführten jedoch in Begleitung Bewaffneter in Birao im Norden der Zentralafrikanischen Republik gesehen worden sein.

DR Kongo

Zwei Verurteilungen von Regierungssoldaten wegen Vergewaltigungen in Minova

Am 05.05.14 fällt ein Militärgericht in Goma (Hauptstadt der ostkongolesischen Provinz Nord-Kivu) im bisher größten Prozess gegen Regierungssoldaten wegen Vergewaltigung die Urteile über 39 Soldaten. Sie waren angeklagt im November 2012 in der Stadt Minova (etwa 50 km westlich von Goma) 190 Vergewaltigungen, einen Mord und 825 Plünderungen begangen zu haben. Wegen Vergewaltigung wurden ein Oberstleutnant sowie ein Unteroffizier verurteilt, wobei letzterer auch des Mordes für schuldig befunden wurde. Weitere 24 Soldaten und Unteroffiziere erhielten wegen Plünderung und der Verweigerung des Befehls, das Lager in der Nähe von Minova nicht zu verlassen, Haftstrafen zwischen zehn und zwanzig Jahren. 13 Offiziere wurden freigesprochen, da ihnen keine Verantwortung für die Verbrechen der ihnen unterstellten Soldaten nachzuweisen war. Laut Angaben des Sprechers des UN-Menschenrechtsbüros in Genf haben die Urteile die Erwartungen der zahlreichen Vergewaltigungsoffer nicht erfüllt und sind eine Bestätigung für die Defizite im kongolesischen Justizwesen. Gemäß einem Untersuchungsbericht des UN-Menschenrechtsbüros von Mai 2013 wurden im November 2012 in Minova mindestens 102 Frauen und 33 Mädchen Opfer von Vergewaltigungen oder anderer Akte sexueller Gewalt durch Regierungssoldaten.

Uganda

Eröffnung eines Prozesses gegen zwei Homosexuelle angestrebt

Die Staatsanwaltschaft strebt die Eröffnung eines Prozesses gegen Kim Mukisa und Jackson Mukasa an. Sie beruft sich auf Zeugen. Die Rechtsanwältin der beiden Männer erklärte, man werde auf unschuldig plädieren.

Zentralafrikanische Republik

Schwere Gefechte

Am 05.05.14 kam es zu heftigen Gefechten im Nordwesten der Zentralafrikanischen Republik. Nach Angaben eines Militärsprechers wurden die Mitglieder einer internationalen Friedenstruppe von etwa 40 unbekanntem Kämpfern angegriffen. Mehrere Bewaffnete wurden getötet. Tausende französische und afrikanische Truppen sollen die Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Gruppen in der Zentralafrikanischen Republik stoppen. Auch die Bundeswehr ist an dem Einsatz beteiligt. Unterdessen kündigte die Übergangspräsidentin Cathrine Samba-Panza wegen der immer schlechter werdenden Sicherheitslage eine Regierungsumbildung an; das Kabinett solle besser auf die Probleme im Land eingehen und die verschiedenen Gruppierungen besser repräsentieren.

Nach Expertenangaben sind derzeit etwa eine Million Menschen auf der Flucht, Tausende kamen ums Leben. Ab September will die UNO mit einer 12.000 Mann starken Friedenstruppe versuchen, den ethnisch-religiösen Konflikt zu beenden.

Das US-Nachrichtenmagazin TIME ernannte religiöse Führer aus der Zentralafrikanischen Republik zu den „zehn einflußreichsten Afrikanern des Jahres 2013“. Darunter sind der Erzbischof von Bangui, Dieudonné Nzapalainga, sowie die Spitzenvertreter der Muslime und der evangelischen Christen im Land, Imam Omar Kobine Layama und Pastor Nicolas Guérékoyame Gbangou. Sie setzen sich seit Monaten mit gemeinsamen Auftritten im In- und Ausland für den Frieden zwischen den streitenden Gruppen und Fraktionen Zentralafrikas ein.

Äthiopien

NGO: Rund 80 Studenten und Schüler bei Niederschlagung von Demonstrationen getötet

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) hat die Hochkommissarin der Vereinten Nationen für Menschenrechte, Navi Pillay, aufgefordert, eine Untersuchungskommission nach Äthiopien zu entsenden, um die blutige Niederschlagung von Demonstrationen der oromischen Bevölkerungsgruppe aufzuklären. Mindestens 80 Studenten und Schüler sollen nach GfbV-Informationen seit Anfang April bei Protesten in neun äthiopischen Universitätsstädten von Sicherheitskräften erschossen worden sein. Es habe zudem Verletzte und mehr als 2.000 willkürliche Verhaftungen gegeben. Staatliche Stellen bestritten diese Darstellung und sprachen

von acht Toten in Ambo infolge gewalttätiger Ausschreitungen und dem Versuch, das Land zu destabilisieren. Die Demonstranten wenden sich gegen eine Gebietsreform, nach der die Stadtgrenzen der Hauptstadt Addis Abeba um bis zu 120 Kilometer ausgeweitet werden sollen. Zehntausende – mehrheitlich oromische – Bauern fürchten ihre Vertreibung.

Die Oromo sind die größte Bevölkerungsgruppe in Äthiopien. Sie klagen seit Jahrzehnten über Diskriminierung in Wirtschaft und Gesellschaft sowie über schwere Menschenrechtsverletzungen.

Sudan

Studentenproteste

In der sudanesischen Hauptstadt Khartum kam es am 05.05.14 bei Studentenprotesten gegen die staatlichen Hochschulkürzungen sowie der zunehmenden Einflussnahme auf die Lehre zu Ausschreitungen. Anhänger und Gegner von Präsident Bashir lieferten sich Auseinandersetzungen vor der Universität. Die Polizei reagierte mit dem Einsatz von Reizgas. Bei ähnlichen Protesten im März waren ein Student getötet und anschließend der Lehrbetrieb bis Ende April verboten worden.

Südsudan

Waffenstillstand bereits wieder gefährdet

Am 05.05.14 haben sich die Führer der Konfliktparteien im Südsudan, Präsident Kiir und Rebellenführer Machar, auf eine Waffenruhe vom 07.05.14 bis 07.06.14 verständigt. Bereits am 11.05.14 warfen die Parteien sich wiederholte Verletzungen des Waffenstillstandsabkommens vor. Laut dem Rebellen Sprecher wurden aus den nördlichen Staaten Unity und Upper Nile Artilleriebeschuss sowie Angriffe von Bodentruppen gemeldet. Vor allem rund um die Öl-Stadt Bentiu soll es Kämpfe geben. Ein Waffenstillstandsabkommen vom 24.01.14 hatte nur wenige Tage gehalten. Präsident Kiir und sein früherer Stellvertreter Machar haben am 09.05.14 in Addis Abeba überraschend ein Friedensabkommen unterzeichnet. Die Vereinbarung sieht ein Ende der Feindseligkeiten, die Bildung einer Übergangsregierung und für rund eine Million Vertriebene Zugang zu humanitärer Hilfe vor. Details sollen durch die Delegationen beider Seiten ausgehandelt werden.

Senegal

Rebellen erklären Waffenstillstand

Der Führer der Casamance-Rebellen, Sadio, hat nach Verhandlungen mit der senegalesischen Regierung in Italien am 30.04.14 einen einseitigen Waffenstillstand erklärt, um den von Präsident Sall initiierten Friedensprozess zu unterstützen. Die Rebellen des Mouvement des Forces Démocratiques de la Casamance (MFDC) kämpfen seit 1982 um die Unabhängigkeit der Region von Senegal.

Somalia

Humanitäre Lage

22 internationale Organisationen und die UNO haben für Somalia festgestellt, dass 50.000 Kinder schwer unterernährt sind. Für 2,9 Millionen Somalis wird eine „humanitäre Krise“ diagnostiziert. 1,1 Millionen Menschen seien Flüchtlinge im eigenen Land. Nur 30 Prozent hätten Zugang zu sauberem Trinkwasser. Im Vergleich zum Vorjahr hätten sich die Zahlen ein wenig verbessert. Man habe aus der Hungerkatastrophe von 2011 gelernt, die Anzeichen einer solchen nicht zu übersehen.

Kosovo

Neuwahlen nach Parlamentsauflösung wegen Streit um Kosovo-Armee

Am 07.05.14 hat das Parlament seine Auflösung beschlossen und damit den Weg für vorgezogene Wahlen am 08.06.14 frei gemacht.

Hintergrund ist u.a. der Streit über den Aufbau von nationalen Streitkräften (geplant: 5.000 aktive Soldaten, 3.000 Reservisten) ab 2019. Die von der serbischen Minderheit gestellten Abgeordneten lehnen das Vorhaben ab und boykottierten die Abstimmung. Unter den Serben besteht die latente Furcht, dass die Armee auch gegen eigene Landsleute in Nordkosovo eingesetzt werden könnte. Hinzu kommen dürfte, dass Serbiens Regierung in einer Region, die man offiziell nach wie vor dem eigenen Staatsgebiet zuordnet, nicht stillschweigend den Aufbau einer neuen Armee akzeptieren kann.

Die Albaner in Kosovo wollen mit eigenen Streitkräften ihre Unabhängigkeit untermauern. Nach dem Widerstand der Serben einigten sich die anderen Parteien auf vorgezogene Parlamentswahlen. Derzeit verfügt Kosovo über ein leicht bewaffnetes Sicherheitskorps (TMK). Die etwa 2.500 Mann unterstehen jedoch dem Kommando der internationalen Schutztruppe KFOR.

Ukraine

Referendum in der Ostukraine – Separatisten feiern ihren Sieg

Nach Angaben der pro-russischen Separatisten in der Ostukraine soll die Wahlbeteiligung an den Unabhängigkeitsreferenden in den Regionen Donezk und Lugansk am 11.05.14 überwältigend gewesen sein. Eine große Mehrheit der Wähler habe für die staatliche Eigenständigkeit der selbsternannten Volksrepubliken gestimmt. Allein in Donezk hätten sich rund 75 % der Wahlberechtigten an der Abstimmung beteiligt und 90 % sich für die Loslösung von der Ukraine entschieden.

In Lugansk haben nach Angaben der Separatisten fast 96 % für eine Unabhängigkeit von Kiew gestimmt. Die Beteiligung habe im Gebiet Lugansk bei 81 % gelegen. Das vorläufige Endergebnis soll am 12.05.14 veröffentlicht werden. Internationale Wahlbeobachter hatten die Abstimmungen nicht begleitet. Zudem gab es zahlreiche Berichte über chaotische Zustände in den Wahllokalen und Manipulationen.

Viele, die sich an dem Referendum beteiligt hatten, wollten wohl vor allem ein deutliches Zeichen gegen die Übergangsregierung in Kiew setzen. Oft war zu hören, die ostukrainischen Regionen seien von Faschisten umzingelt – man müsse die Rechte der Bevölkerung dort verteidigen. Kiew führe mit dem Militäreinsatz gegen die Separatisten auch Krieg gegen die Bevölkerung. Nicht selten wurde von den Wählern auch kritisiert, dass sich der Westen mit seiner eindeutigen Positionierung zugunsten der Übergangsregierung zu sehr in die inneren Angelegenheiten der Ukraine einmische. Separatistenführer Denis Puschilin hielt sich in der Frage eines Anschlusses der „Volksrepublik Donezk“ an Russland bedeckt. Er kündigte an, als nächstes würden staatliche und militärische Strukturen in den selbsternannten Volksrepubliken gebildet. Der „Volks-gouverneur“ von Donezk, Pawel Gubarew, sagte, das Referendum bedeute den Separatisten alles. Die Schaffung eines neuen Staatssubjektes sei aber nur der erste Schritt auf dem Weg zur Bildung eines Landes namens „Neurussland“ auf dem Gebiet der Südostukraine.

Die Übergangsregierung in Kiew bezeichnete die Referenden als kriminelle Farce. Die Europäische Union und die USA wollen die Abstimmung nicht anerkennen. Russlands Präsident Putin wollte sich noch nicht zu der Abstimmung äußern. Sein Sprecher Dimitri Peskow teilte mit, der Kremlchef wolle erst das Ergebnis analysieren. Peskow zeigte aber Verständnis dafür, dass die Separatisten trotz der Aufforderung Putins, die Abstimmung zu verlegen, an dem Termin festgehalten hätten. Ihnen sei angesichts des ukrainischen Militäreinsatzes gegen die Separatisten keine andere Wahl geblieben.

China

Hartes Vorgehen der Behörden vor dem Jahrestag des Tiananmen-Massakers

Am 04.06.14 jährt sich zum 25. Mal die gewaltsame Niederschlagung der Demokratiebewegung auf Pekings Tiananmen-Platz. Staatliche Stellen gehen im Vorfeld des Jahrestags hart gegen Aktivisten und Regierungskritiker vor.

Die 70-jährige Autorin Gao Yu wurde am 08.05.14 wegen Geheimnisverrats verhaftet. Sie wurde im Staatsfernsehen vorgeführt, wo sie in einem Geständnis Fehlverhalten bedauerte. Sie soll im Juni 2013 ein vertrauliches Dokument an eine ausländische Website weitergegeben haben. Beobachtern zufolge könnte es sich dabei um das „Dokument Nr. 9“ handeln, das Bedrohungen für die Kommunistische Partei aufführt und einen harten ideologischen Kurs verlangt. Gao war, wie nun bekannt wurde, am 24.04.14 festgenommen worden; seither galt sie als verschwunden.

Ein Gericht in Shenzhen verurteilte den – je nach Quelle 73 oder 79 Jahre alten – Hongkonger Verleger Yao Wentian am 07.05.14 wegen Schmuggels zu zehn Jahren Haft. Yao, der auch unter dem Namen Yiu Mantin bekannt ist, soll Berichten zufolge im Oktober 2013 von Hongkong nach Shenzhen gelockt und festgenommen worden sein. Zuvor hatte er wegen seiner Mitarbeit am Buch des in den USA lebenden Bürgerrechtlers Yu Jie „Chinas Pate Xi Jinping“ Drohungen erhalten. Nun hatte er ein kritisches Buch über Staats- und Parteichef Xi Jinping herausbringen wollen. Anders als China, zu dem Hongkong seit 1997 unter Wahrung eines Sonderstatus gehört, gibt es in Hongkong kaum Pressezensur.

Der prominente Menschenrechtsanwalt Pu Zhiqiang und vier weitere Aktivisten wurden am 04.05.14 festgenommen, nachdem sie am 03.05.14 in Peking an einem Treffen teilgenommen hatten, an dem der Demokratiebewegung von 1989 gedacht wurde.

Messerangriff

Erneut kam es an einem Bahnhof zu einem Messerangriff. Auf dem Vorplatz des Bahnhofs von Guangzhou wurden am 06.05.14 sechs Menschen verletzt. Die Polizei schoss den anscheinend einzigen Angreifer nieder. Einzelheiten sind noch nicht bekannt.

Terroranschläge

Nach einem am 06.05.14 veröffentlichten offiziellen Bericht gab es im vergangenen Jahr in China zehn „terroristische Vorfälle“, die insgesamt mehr als 30 Todesopfer forderten.